

## Leistungsanalyse; weitere Prüfungsanträge auf die 2. Beratung

AB	Information des Regierungsrats vom 2. April 2014 oder weitere Grundlagen	Abweichende Anträge der KAPF vom 2. Juni 2014 und der Fachkommissionen <i>(Kommentare kursiv)</i>	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der Beratung vom 24. Juni 2014 bzw. 1. Juli 2014
120		Prüfungsantrag Auf die zweite Beratung hin ist aufzulisten und zu verifizieren, welche Sitzungsgelder und Spesen der Regierungsräte nicht in die Staatskasse fliessen.  <i>(AVW; Zustimmung KAPF*)</i>  <i>* bereits erledigt</i>	Entgegennahme	Zustimmung
120		Prüfungsantrag Es sei durch den Regierungsrat zu prüfen, bei welchen amtlichen Publikationsorganen aufgrund der Beantwortung der Interpellation 13.232 Optimierungen vorgenommen werden können.  <i>(Barbara Portmann, Lenzburg)</i>		Zustimmung
120	Massnahme 120-01 Verzicht auf die Zustellung der Post an die Grossratsmitglieder	Prüfungsantrag Es sei das Sparpotenzial aufzuzeigen, wenn allen Grossratsmitgliedern die Botschaften und Synopsen weiterhin in gedruckter Version zugestellt werden.  <i>(KAPF)</i>	Zustimmung	Zustimmung
120	Massnahme 120-01 Verzicht auf die Zustellung der Post an die Grossratsmitglieder	Prüfungsantrag Es sei das Sparpotenzial aufzuzeigen, wenn die entsprechenden Kommissionsmitglieder jeweils mit den gedruckten Unterlagen bedient werden.  <i>(KAPF)</i>	Zustimmung	Zustimmung
230	Massnahme 230-10 Erhöhung der Einnahmen aus Vergütungen der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS)	Prüfungsantrag Es sei zu prüfen, ob es nötig ist, die Anzahl Kontrollen von 250 auf 320 pro Jahr zu erhöhen. Sollte diese Erhöhung als nicht zwingend erachtet werden, wäre eine Reduktion der Personalressourcen zu prüfen.  <i>(VWA; Zustimmung KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung

AB	Information des Regierungsrats vom 2. April 2014 oder weitere Grundlagen	Abweichende Anträge der KAPF vom 2. Juni 2014 und der Fachkommissionen <i>(Kommentare kursiv)</i>	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der Beratung vom 24. Juni 2014 bzw. 1. Juli 2014
245	Massnahme 245-10 Reduktion der Mittel für die Neue Regionalpolitik (NRP)	Prüfungsantrag Es sei zu prüfen, ob die Gelder für die Neue Regionalpolitik weiter gekürzt werden könnten.  <i>(KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
245	Massnahme 245-11 Kürzung der Beiträge für das touristische Dachmarketing	Prüfungsantrag Es sei zu prüfen, ob im Bereich der Standortförderung, speziell im Zusammenhang mit dem touristischen Dachmarketing, weitere 100'000 Franken eingespart werden könnten.  <i>(KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
245	Massnahme 245-12 Reduktion der Aufwendungen für das internationale Standortmarketing	Prüfungsantrag Es sei zu prüfen, ob im Bereich des internationalen Standortmarketing weitere Einsparungsmöglichkeiten sind.  <i>(VWA; Zustimmung KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
310	Entwicklungsschwerpunkt 310E002	Prüfungsantrag Verzicht auf Umsetzung Lehrplan 21 oder Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt.  <i>(BKS; Zustimmung KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
310	Entwicklungsschwerpunkte 310E009 und 310E010	Prüfungsantrag Streichung Frühfranzösisch und Frühenglisch oder Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt.  <i>(BKS; Zustimmung KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
310	Massnahme 310-18 Reduktion Weiterbildungsangebot Lehrpersonen	Prüfungsantrag Weitere Einsparungsmöglichkeiten bei der Weiterbildung von Lehrpersonen.  <i>(BKS; Zustimmung KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung

AB	Information des Regierungsrats vom 2. April 2014 oder weitere Grundlagen	Abweichende Anträge der KAPF vom 2. Juni 2014 und der Fachkommissionen <i>(Kommentare kursiv)</i>	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der Beratung vom 24. Juni 2014 bzw. 1. Juli 2014
310		Prüfungsantrag Verzicht auf Anreizsysteme für Heilpädagogenausbildung.  <i>(BKS; Zustimmung KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
310		Prüfungsantrag Momentan können Schulleitungen Lohnreduktionen beschliessen, wenn Lehrpersonen die entsprechende Ausbildung nicht vorweisen können. Nicht in allen Schulen im Kanton Aargau wird dieser Grundsatz umgesetzt. Es soll daher gerechnet werden, welche finanziellen Folgen es hätte, wenn in allen Schulen die entsprechenden Lohnreduktionen umgesetzt würden.  <i>(BKS; Zustimmung KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
310		Prüfungsantrag Auf die zweite Beratung sei abzuklären, mit welchen Massnahmen bzw. Vorgaben erreicht werden kann, dass die durchschnittliche Abteilungsgrosse von heute 17,4 wieder auf zirka 20 bis 22 Schüler steigt. In den Grundlagen auf Gesetzes- oder Dekretsstufe seien Ausnahmen für Untergrenzen bei Gesamtschulen zu berücksichtigen.  <i>(KAPF; Ablehnung BKS)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
310		Prüfungsantrag Auf die zweite Beratung soll aufgezeigt werden, welche Grundlagen eingeführt werden müssen, damit sich die Eltern an einer Therapie ihres Kindes finanziell beteiligen müssten.  <i>(KAPF, Ablehnung BKS)</i>	Entgegennahme	Zustimmung

AB	Information des Regierungsrats vom 2. April 2014 oder weitere Grundlagen	Abweichende Anträge der KAPF vom 2. Juni 2014 und der Fachkommissionen <i>(Kommentare kursiv)</i>	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der Beratung vom 24. Juni 2014 bzw. 1. Juli 2014
310	Massnahme 310-17 Reduktion externe Schulevaluation ab 2018	Prüfungsantrag Erst ab 2018 sollten jährlich 500'000.- eingespart werden bei der Externen Schulevaluation. Auf die 2. Lesung sei zu prüfen, ob diese Einsparungen nicht schon ab 2015 gemacht werden können. Sind laufende Verträge mit der Fachhochschule (durchführende Stelle der Evaluationen) der Grund, dass die Einsparungen erst auf 2018 vorgesehen sind? Per wann könnten die Verträge gekündigt oder angepasst werden?  <i>(Maja Riniker, Suhr)</i>		Zustimmung
320	Verordnung über die Anstellung und Löhne der Lehrpersonen; Anhang 1	Prüfungsantrag Es soll aufgezeigt werden, welche Folgen eine Erhöhung der Pflichtpensen der Kantonsschullehrpersonen um eine Lektion hätte.  <i>(BKS; Zustimmung KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
320	Massnahme 320-14 Beiträge an Absolventinnen und Absolventen der eidgenössischen Berufsprüfungen und eidgenössischen höheren Fachprüfungen	Prüfungsantrag Auf die 2. Beratung sei zu prüfen, auf die Massnahme 320-14 Beiträge an Absolventinnen und Absolventen der eidgenössischen Berufsprüfungen und eidgenössischen höheren Fachprüfungen zu verzichten.  <i>(Herbert H. Scholl, Zofingen)</i>		Zustimmung
340	Budget 2013 für Saldo AB 340 Kultur AFP 2015-2018	Prüfungsantrag Die Kulturausgaben sollen auf dem Niveau 2013 plafoniert werden.  <i>(BKS; Zustimmung KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
340	Entwicklungsschwerpunkt 340E004 Gezielte Kulturvermittlungsangebote für Erwachsene	Prüfungsantrag Streichung des Entwicklungsschwerpunkts.  <i>(BKS; Zustimmung KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung

AB	Information des Regierungsrats vom 2. April 2014 oder weitere Grundlagen	Abweichende Anträge der KAPF vom 2. Juni 2014 und der Fachkommissionen <i>(Kommentare kursiv)</i>	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der Beratung vom 24. Juni 2014 bzw. 1. Juli 2014
340		Prüfungsantrag Archäologische Ausgrabungen sollen auf das Wesentliche beschränkt und effizienter durchgeführt werden.  <i>(BKS; Zustimmung KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
410		Prüfungsantrag Auf die zweite Beratung seien alle Massnahmen aufzuzeigen, welche im Rahmen der Leistungsanalyse von Regierung und Verwaltung identifiziert wurden, aber nicht weiterverfolgt wurden, da das Sparziel bereits erreicht war.  <i>(KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
100/ 420 (1.)		Prüfungsantrag - Es ist abzuklären, ob generell eine Reduktion des Personalaufwands möglich ist. - Ein möglicher Stellenabbau in der Zentralverwaltung ist zu überprüfen. - Es ist zu überprüfen, ob einzelne Projekte zurückgestellt oder gar gestrichen werden können.  <i>(AVW; Zustimmung KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
100/ 420 (2.)		Prüfungsantrag Auf die zweite Beratung sei zu prüfen, den Personalaufwand für das Verwaltungspersonal um 2% zu senken. Diese Reduktion sei ab dem Budgetjahr 2015 einzuführen und mit dem Planjahr 2016 abzuschliessen.  <i>(KAPF)</i>	Ablehnung	Zustimmung zu Prüfungsantrag

AB	Information des Regierungsrats vom 2. April 2014 oder weitere Grundlagen	Abweichende Anträge der KAPF vom 2. Juni 2014 und der Fachkommissionen <i>(Kommentare kursiv)</i>	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der Beratung vom 24. Juni 2014 bzw. 1. Juli 2014
420		Prüfungsantrag 1. Auf die Möglichkeit der Einführung eines Mobilitätsmanagements, das die Ausschüttung von Mobilitätsbeiträgen an die kantonalen Angestellten und Lehrpersonen vorsieht, wird verzichtet. Die §§ 15a bzw. 16a der Lohndekrete betreffend die Kantonsangestellten bzw. die kantonalen Lehrpersonen werden aufgehoben. 2. Dem Grossen Rat sind die notwendigen Änderungen (Streichungen) in den Lohndekreten auf die 2. Lesung der laufenden Leistungsanalyse 2014 zum Beschluss vorzulegen.  <i>(Adriaan Kerkhoven, Brugg)</i>		Zustimmung
425	Massnahmen 425-10 Reduktion Vergütungszins natürliche Personen und 425-15 Reduktion Vergütungszins juristische Personen	Prüfungsantrag Es sei zu prüfen, ob die bundessteuerliche Regelung des Vergütungszinses übernommen werden kann.  <i>(VWA; Zustimmung KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
425	Massnahmen 425-11 Erhöhung Verzugszins natürliche Personen und 425-16 Erhöhung Verzugszins juristische Personen	Prüfungsantrag Es sei zu prüfen, ob der Verzugszins auf der bisherigen Höhe belassen werden kann.  <i>(VWA; Zustimmung KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
430		Prüfungsantrag Es ist aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen (bspw. Reduktion von Flächen, Volumen oder Änderung der Vergabepraxis etc.) und mit welchen finanziellen Auswirkungen Hochbauten günstiger gebaut werden können.  <i>(AVW; Zustimmung KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung

AB	Information des Regierungsrats vom 2. April 2014 oder weitere Grundlagen	Abweichende Anträge der KAPF vom 2. Juni 2014 und der Fachkommissionen <i>(Kommentare kursiv)</i>	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der Beratung vom 24. Juni 2014 bzw. 1. Juli 2014
440	Massnahme 440-15 Umwelt und Ökoprojekte beenden	Prüfungsantrag Auf die zweite Lesung sei aufzuzeigen, welche Auswirkungen diese Massnahme generell und speziell auf die Gemeinden hat. Dem Grossen Rat sind dementsprechend weitere Grundlagen zu liefern.  <i>(KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
440		Prüfungsantrag Es sei unter Ausweisung der geschätzten Mehreinnahmen zu prüfen, ob 2015 oder 2016 eine Neuschätzung aller Landwirtschaftsbetriebe vorgenommen werden könnte, wie diese gemäss Vorgaben bereits hätte stattfinden sollen. Weiter soll der Regierungsrat prüfen, ob sich durch die allfälligen Mehreinnahmen Kürzungen bei Bewirtschaftungsverträgen, Landschaftsqualitäts- und Biodiversitätsprojekten vermeiden liessen.  <i>(Ruth Jo. Scheier, Wettingen)</i>		Zustimmung
440		Prüfungsantrag Es sei auf die zweite Beratung eine Anpassung der §§ 8 und 10 der Verordnung über die Bewertung von Grundstücken VBG an geltende agrarpolitische Normen zu prüfen. Weiter soll geprüft werden, ob sich durch die allfälligen Mehreinnahmen Reduktionsmassnahmen bei Bewirtschaftungsverträgen, Landschaftsqualitäts- und Biodiversitätsprojekten vermeiden liessen.  <i>(Barbara Portmann, Lenzburg)</i>		Zustimmung
535		Prüfungsantrag Auf die zweite Beratung sei aufzuzeigen, wie der Stand der Umsetzung der entsprechenden Massnahmen zur Finanzierbarkeit des Aargauer Gesundheitswesens (Erreichung Szenario A) ist und wie das künftige Monitoring aussehen wird.  <i>(KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung

AB	Information des Regierungsrats vom 2. April 2014 oder weitere Grundlagen	Abweichende Anträge der KAPF vom 2. Juni 2014 und der Fachkommissionen <i>(Kommentare kursiv)</i>	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der Beratung vom 24. Juni 2014 bzw. 1. Juli 2014
535		Prüfungsantrag Auf die zweite Beratung soll aufgezeigt werden, welche Massnahmen zu treffen sind, damit die Ausbildungsanforderungen an das Pflegepersonal reduziert werden können.  <i>(KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
535	Massnahme 535-01 Totalrevision KVG	Prüfungsantrag Der Zeitplan der Inkraftsetzung der Gesamtrevision EG KVG per 1. Januar 2016 muss kritisch hinterfragt werden. Deshalb wird die Regierung aufgefordert, bis zur 2. Lesung aufzeigen, wie sie vorgehen könnte, dass zumindest die Revision der individuellen Prämienverbilligung gemäss Terminplan umgesetzt werden kann.  <i>(Dr. Martina Sigg, Schinznach)</i>		Zustimmung
640	Massnahme 640-10 Entlastung der ordentlichen Rechnung durch die Spezialfinanzierung Strassenrechnung	Prüfungsantrag Auf die Entnahme aus der Strassenkasse von 5,5 Mio Fr. zugunsten des Departements Volkswirtschaft und Inneres (DVI) ist zu verzichten.  <i>(UBV; Konsultativabstimmung im Sinne einer Meinungsäusserung gegenüber dem Regierungsrat; Zustimmung KAPF)</i>	Entgegennahme	Zustimmung
		Prüfungsantrag Der Regierungsrat soll schnellstmöglich, jedoch spätestens bis Ende September 2014, eine detailliertere Aufstellung über die Massnahmen in der Kompetenz des Regierungsrats ausarbeiten.  <i>(Melinda Bangerter, Aarau)</i>		Zustimmung

AB	Information des Regierungsrats vom 2. April 2014 oder weitere Grundlagen	Abweichende Anträge der KAPF vom 2. Juni 2014 und der Fachkommissionen <i>(Kommentare kursiv)</i>	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der Beratung vom 24. Juni 2014 bzw. 1. Juli 2014
		<p>Prüfungsantrag            Es seien die einzelnen Sparmassnahmen auf ihre Relevanz im Zusammenhang mit der Auslösung von Bundesbeiträgen zu prüfen. Insbesondere interessieren die approximativen, entgangenen Bundesbeiträge von Projektzuschüssen und diejenigen, die sich auf die aargauische Volkswirtschaft auswirken.</p> <p><i>(Ruedi Weber, Menziken)</i></p>		Zustimmung